

FREIZEIT

GESUNDHEIT

Kur ohne Kulenkampff

Ein gewisser Herr Schlapp-Schlapp, von Beruf Büroangestellter, soll die Bundesbürger zum Spielen animieren.

Schlapp-Schlapp, Symbolfigur für jene Bürger, die nach getaner Arbeit vor dem Fernsehapparat eindösen, soll das Markenzeichen einer von Gesundheitsministerin Käte Strobel gesteuerten Kampagne zur Aufmöbelung müder Bundesbürger werden. Eine Werbeaktion soll immobile Feierabend-Muffel veranlassen, ihre Freizeit künftig „sinnvoll, im Interesse der körperlichen und seelischen Gesundheit einzusetzen“ (Strobel). Die Maxime der Mobil-Machung: „Mehr Spaß in die Freizeit.“

„Die Freizeit am Feierabend“, entdeckte Kabinettsdame Strobel, „wird von überlieferten, heute nicht mehr gültigen Verhaltensmustern bestimmt.“ Um Bewegungsunlust, Wohlstands-Alkoholismus und Pantoffelkino zu bekämpfen, will die Ministerin mit Kurzfilmen, Fernseh-Spots und Anzeigen den Spieltrieb der trägen Bundesbürger wecken. Als Regieanweisung publiziert die Freizeit-Reformerin eine farbige Broschüre mit dem Titel „Hundert Tips für Freizeitspaß“.

Umfragen und Studien zum Freizeitverhalten der Westdeutschen hatten das Gesundheitsministerium gelehrt, daß die Bürger am Abend ungesund leben. Als Folgen dieser schlechtgenutzten Mußestunden erkannten die Rechercheure in der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, die seit zwei Jahren die Strobel-Aktion vorbereiten: Übergewicht, Haltungsschäden, Kreislaufstörungen, Gallenleiden und Magengeschwüre.

Mehr als die Hälfte der für eine Voruntersuchung Befragten gaben als Feierabend-Beschäftigung „leichte Unterhaltung genießen in Fernsehen, Radio, Kino, Büchern oder Illustrierten“ zu Protokoll.

Käte Strobel findet dieses Verhalten bedenklich, denn Nervosität, Konzentrationsschwäche und psychischer Streß, unter denen die meisten Berufstätigen leiden, lassen sich mit Kulenkampff-Konsum nicht kurieren.

Frau Strobels Rezept heißt spielen. Den Trägen empfiehlt sie Schnitzeljagen en famille, Boccia, Schneeballschlachten und Schüttern. Scrabble, Knobeln, das Börsenspiel und Domino sollen die geistige Beweglichkeit fördern.

Anspruchsvollster Strobel-Tip ist die „Wahlrede“: „Ein neuer Gesundheitsminister wird gesucht. Zwei aus dem Kreis werden zu Kandidaten bestimmt. Alle Mitspieler müssen nun in einer freien Rede nachweisen, warum sie diesen oder jenen Kandidaten für geeignet halten. Wer das am geschicktesten macht, wird selbst Minister.“

Münchner Oberbürgermeisters Vogel mit den Jusos).

Als viertes Exempel zitiert die CSU-„Correspondenz“ den „Panorama“-Moderator Peter Merseburger zum Fall Finck:

„Unser nächster Beitrag handelt vom Kampf eines kleinen Bauern gegen den Freistaat Bayern, der wiederum im Bunde ist mit dem reichsten Mann Deutschlands. Da wir heute nun einmal an einem historischen Datum senden, sei der Hinweis in Parenthese erlaubt — das Reich des Alten vom Sachsenwald war auch das Reich der Junker und der Großagrarien.“

Auf das Merseburger-Magazin freilich haben Bayerns Rundfunkräte, ob ständisch oder politisch, keinen Einfluß — es sei denn, „man zwickt das ARD-Programm ab“ (so MdL Drachslers). Das aber können die Bayern auch ohne die Odenwälder Reformer schon jetzt. Nach dem „Fernsehvertrag der ARD“ ist „jede Rundfunkanstalt berechtigt, auf die Ausstrahlung von Teilen des Fernsehgemeinschaftsprogramms zu verzichten“.

Und der Münchner Sender hat als einzige Anstalt von dieser Möglichkeit auch schon Gebrauch gemacht. In früheren Jahren durften bayrische Fernseher Sendungen wie „Lysistrata“ und „Das Bohrloch — oder Bayern ist nicht Texas“ nicht sehen, vor drei Wochen kappte Münchens Fernsehdirektor Helmut Oeller die Sendung „Zoom“, einen Bericht über politische Agitation. Denn, so Drachslers: „Des war nix für uns.“

Allzu hemmungslos können sich die Bayern der „Abzwickerei“ (so der CSU-Landtagsabgeordnete Erwin Stein) freilich nicht hingeben, denn allein der Norddeutsche Rundfunk und der Westdeutsche Rundfunk produzieren fast die Hälfte des ARD-Gemeinschaftsprogramms. Um diese Sendungen vollständig durch eigene Produktionen zu ersetzen, reicht die Potenz des Bayerischen Rundfunks weder finanziell (ARD-Gemeinschaftsprogramm-Kosten: 285 Millionen Mark, BR-Fernsehetat: 86 Millionen Mark) noch publizistisch.

Während sich nämlich die CSU schon jetzt schwertut, die „kleinen Tropfen roten Giftes“ im Münchner Programm noch ausfindig zu machen, häufen sich über bayrische Produktionen Urteile wie „relativer Schwachsinn“ oder „opahaftes Gebrabbel“ — so der Evangelische Pressedienst (epd) über die neue Münchner Magazin-Sendung „Mobile“.

Wie bei einer derartigen Potenzschwäche das Programm eines von der CSU konzessionierten Privatsenders aussehen soll, weiß zur Zeit noch niemand. Gleichwohl forciert MdL Stein seit letzten Herbst einen Gesetzentwurf „über die Errichtung und die Aufgaben eines privaten Rundfunks in Bayern“, den er freilich für „a bißl a langfristige G'schicht“ hält. Stein: „Wir machen da keine Hauruck-Aktion.“

Bedächtig geht auch der erste und einzige Konzessionsanwärter ans Werk, der sich bislang bei Stein ge-

meldet hat. Der Münchner Fachzeitschriftenverleger Bert Schnitzler („Le dernier cri“), der seit Sommer letzten Jahres zusammen mit der Gütersloher Bücherfabrik Bertelsmann die deutschen Urlauber am Mittelmeer mit Werbefunk versorgt, rechnet mit Startinvestitionen von drei Millionen Mark für den zunächst geplanten Privathörfunk und will ausdrücklich auf „den Pomp der ARD“ verzichten.

Außer einem mit leeren Eierschachteln schalldicht gemachten Mini-Studio in einer ehemaligen Besenkammer von etwa zwei Quadratmetern will Schnitzler vorerst lediglich einen städtischen Bunker am Olympiagelände, in dem zur Zeit noch Champignons gezüchtet werden, oder ein ähnliches Quartier anmieten. Schnitzler: „Auch der NDR hat mal in einem Bunker ganz klein angefangen.“

Wie klein Schnitzlers Besenkammer und wie dürftig das Odenwälder CSU-Papier fürs erste auch noch sein mö-



Freizeit-Gestalterin Käte Strobel
Scrabble für Herrn Schlapp-Schlapp

gen, so gewiß ist die Omnipotenz der CSU, die Mini-Projekte je nach Bedarf hochzumanipulieren. Stein: „Der Rundfunk steht der politischen Disposition zur Verfügung.“

Was die CSU mit der freistaatlichen Funkhoheit alles anstellen kann, ließ sie sich schon vor Jahren vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof rechtlich bescheinigen. Als der Bayerische Rundfunk damals gegen Versuche eines verstärkten Staatseinflusses aufmuckte, mußte er sich von Oberstaatsanwalt Dr. Rudolf Samper sagen lassen: „Der Rundfunk kann vom (Frei-)Staat aufgelöst, in Fernsehen und Hörfunk unterteilt, in Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder Aktiengesellschaften umgegründet und auch vom Staat direkt finanziert werden.“

BR-Pressesprecher Arthur Bader erweiterte das Repertoire des Staatsanwalts: „Ein übermächtiger Staat könnte zum Beispiel auch den Obersten Rechnungshof auflösen, der in seinem Jahresbericht grundsätzlich die Regierung kritisiert.“